Der Spiegel macht sich den “Hype” rund um die Fussball-Weltmeisterschaft zu Nutze und fabuliert vom “schwarz-rot-goldenen Jobwunder”. Auch die übrigen Mainstream-Medien verbreiten unreflektiert die OECD-Daten und verweigern den Blick hinter die Kulissen der in wachsendem Maße frisierten und aufgehübschten Arbeitslosenstatistik. Ein realistischeres Bild zur Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt läßt sich jedoch nur dann gewinnen, wenn die zahlreichen “statistischen Bereinigungen”, “Sondereffekte” und statistischen Tricks aufgezeigt werden, welche zu einer zunehmenden Verschleierung der tatsächlichen Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen. Anmerkungen unseres Lesers G.K.

Der Spiegel schreibt:
Jubel über schwarz-rot-goldenes Jobwunder
Die Bundesrepublik geht gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervor: Die Arbeitslosenquote sank in den vergangenen zweieinhalb Jahren von 7,9 auf 7,0 Prozent. Das teilte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Mittwoch in Paris mit. In den anderen OECD-Staaten stieg die Arbeitslosenquote im Schnitt dagegen von 5,7 auf 8,6 Prozent.
Die Entwicklung ist bemerkenswert. Immerhin war Deutschland mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 6,7 Prozent besonders stark von der Rezession betroffen. Die OECD lobt flexible Arbeitszeitregelungen in den Betrieben und die staatlich geförderte Kurzarbeit. So wurden rund 200.000 Arbeitsplätze durch Kurzarbeit erhalten. Allerdings empfiehlt die OECD auch, die während der Krise erleichterten Regeln wieder zu verschärfen, “sobald der Aufschwung an Fahrt gewinnt”.
Quelle: Spiegel Online

- Der Spiegel nennt zumindest die im OECD-Bericht genannte Ausweitung der Kurzarbeiter-Regelung. Bei der Kurzarbeiter-Regelung handelt es sich um ein deutsches Spezifikum. Die hieraus resultierende verdeckte Arbeitslosigkeit beträgt lt. OECD 200.000 Personen. Die von der Großen Koalition beschlossene Ausweitung der Kurzarbeiterregelung war eine sinnvolle Entscheidung, da hierdurch Qualifikationsverluste bei den Arbeitnehmern sowie eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung verhindert werden. Neoliberale Arbeitsmarktökonomen stehen dem jedoch sehr häufig ablehnend gegenüber, weil dies angeblich zu einer “Konservierung des Arbeitsmarktes” führe. Während die diversen Bundesregierungen in den vergangenen Jahren zum Vollstrecker neoliberaler Arbeitsmarktpolitik wurden (Stichwort: “Agenda 2010”), schlug man bei der Kurzarbeiter-Regelung den Rat der neoliberalen Arbeitsmarktökonomen aus. Der maßgebliche Grund dürfte der für die Politik angenehme statistische “Neben”-Effekt geschönter Arbeitslosendaten sein.

(Zumal im Vorfeld der letzten Bundestagswahlen)

- Die von der OECD für Deutschland veröffentlichten Arbeitsmarktdaten berücksichtigen nicht, dass die von privaten Arbeitsvermittlern betreuten Arbeitslosen seit dem Mai 2009 nicht mehr in der offiziellen deutschen Arbeitslosenstatistik enthalten sind. Der von der OECD vorgenommene Vergleich der aktuellen Arbeitslosenquote mit jener vor Ausbruch der Wirtschaftskrise müsste somit auch um diese Arbeitslosenzahl erweitert werden.

- Im Verlaufe der Wirtschaftskrise setzte sich in Deutschland die seit vielen Jahren anhaltende Entwicklung der Umwandlung von Vollzeit-Arbeitsstellen in Teilzeit-Arbeitsstellen sowie Minijobs fort. Während der Wirtschaftskrise wurde die Anzahl der Vollzeit-Arbeitsstellen abgebaut, die Zahl der Teilzeit- und Minijobs nahm hingegen zu. Dies führt zu einer Aufhübschung der Arbeitslosenstatistik, da durch die Umwandlung eines Vollzeitarbeitsplatzes in zwei oder mehrere Teilzeit- und Minijobs die Arbeitslosigkeit statistisch reduziert wird. Selbst bei gesunkenem Arbeitsvolumen kann durch die Entstehung dieser zumeist prekären Arbeitsverhältnisse offiziell eine gesunkene Arbeitslosigkeit ausgewiesen werden.

- Seit einigen Jahren sinkt in Deutschland die Zahl der Erwerbsfähigen. Allein in diesem Jahr wird das Arbeitskräfteangebot wegen der Alterung der Gesellschaft um mehr als 100.000 Personen zurückgehen. Die hierdurch verursachte Reduktion der Arbeitslosenzahl tritt ein, ohne dass Politik oder Wirtschaft auch nur einen Finger rühren müssen. Dieser die deutsche Arbeitslosenstatistik schönende Effekt trifft auf zahlreiche andere Staaten (z.B. die skandinavischen Staaten) in dem Maße nicht zu. In manchen Staaten führt der demografische Effekt in der Wirtschaftskrise sogar zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit (so z.B. in Frankreich).

Ein bezeichnendes Bild auf die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt wirft der Beitrag "Verbrämte Statistik" der für die Wirtschafts- und Sozialpolitik verantwortlichen taz-Redakteurin Ulrike Herrmann:

> Es ist ein monatliches Ritual, das stets viel Aufmerksamkeit findet: die Präsentation der Arbeitsmarktzahlen. (…) Aber was sagen die Zahlen eigentlich? Was bedeutet es, dass im Mai etwa 3,2 Millionen Menschen offiziell arbeitslos waren? Nicht viel.
> Wie unvollständig die Zahlen der Bundesagentur sind, führte am Dienstag das

> Statistische Bundesamt vor, das die Unterbeschäftigung in Deutschland erhebt. Danach würden 8,6 Millionen Menschen zwischen 15 und 74 Jahren gern mehr arbeiten, als sie es derzeit tun. Dazu gehören nicht nur die 3,2 Millionen Erwerbslosen. Hinzu kommen 1,2 Millionen in der "stillen Reserve", die sich durch Fortbildungen hangeln oder keine Kinderbetreuung finden. Dann gibt es Millionen Teilzeitbeschäftigte, die am liebsten ihre Arbeitszeit aufstocken würden. Auch manche Vollzeitkraft könnte sich Überstunden vorstellen, um den Verdienst aufzubessern.
> Es ist nicht trivial, welche Statistik von Politik und Medien beachtet wird. Zählt man nämlich nur die offiziellen Erwerbslosen, dann steht Deutschland unter den 27 EU-Staaten sehr gut da: Zuletzt war es Platz 7, wie die Bundesagentur ausweist. Wird jedoch auch die Unterbeschäftigung berücksichtigt, landet Deutschland plötzlich weit hinten – auf Platz 20.

Fazit:
Der schon seit mehreren Jahren in zahlreichen Medien angefachten Jubelstimmung ("Jobwunder" etc.) ist mit erheblicher Skepsis zu begegnen, zumal das angebliche "Beschäftigungswunder" nicht selten zur Rechtfertigung für den angeblichen "Erfolg" der neoliberalen "Agenda 2010″-Politik (speziell Hartz IV) missbraucht wird. Zahlreiche statistische Schönfärbereien, die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen, der demografische Effekt sowie die deutliche Verschlechterung der Qualität der Arbeitsplätze und die damit einhergehende schlechte Entwicklung der realen Arbeitnehmereinkommen in Deutschland machen deutlich, dass sich die Perspektiven für zahlreiche Beschäftigte seit vielen Jahren negativ entwickeln. So weist Deutschland europaweit mittlerweile den prozentual höchsten Anteil der im Niedriglohnsektor beschäftigten Arbeitnehmer aus. Diese Entwicklung droht sich auch in den kommenden Jahren fortzusetzen. So äußerte kürzlich der DGB die Besorgnis, in den kommenden Jahren würden weitere Arbeitsplätze der Stammbelegschaften abgebaut und in zumeist prekäre Leiharbeitsplätze umgewandelt werden. Die Befürchtung: Die Zahl der Leiharbeitsplätze könne hierdurch auf ca. 2,2 Millionen anwachsen. Zum Vergleich: Vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise waren "nur" ca. 0,8 Millionen Arbeitnehmer in der Leiharbeitsbranche tätig.